

Endgültiges Aus als Priester. Missbrauch: Bischof kündigt erstmals Konsequenzen an

REGENSBURG/FULDA (Eig. Ber./wdn/dpa/KNA) - Der Regensburger Bischof Gerhard Ludwig Müller hat zum ersten Mal Konsequenzen aus dem angeblichen Missbrauchsfall von Riekofen angekündigt: Einschlägige Täter sollen künftig vom «Seelsorgeeinsatz» und vom Priestertum ausgeschlossen werden.

In einem Interview mit der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA) sagte Müller wörtlich: «Wenn einer objektiv etwas getan hat, was nicht mit dem Priestertum vereinbar ist, wird er aus dem Klerikerstand entfernt. In meinem Bistum jedenfalls kommt ein Seelsorgeeinsatz dann nicht mehr in Frage.» Er wolle sich künftig der weltlichen Gerichte nur noch zur «Klärung des Tatbestandes» bedienen und sich ansonsten auf externe «Prognosen zur Wiederholungsgefahr» nicht mehr verlassen.

Bischof Müller hatte einen vorbestraften Kinderschänder als Pfarrer eingesetzt. Der befindet sich nach einem angeblichen Rückfall in Untersuchungshaft. Der Oberhirte lehnt allerdings weiter eine persönliche Verantwortung in dem Fall Riekofen ab.

«Was hat sich da abgespielt?»

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, sagte zu Beginn der Herbst-Vollversammlung in Fulda, das Thema Missbrauch stehe nicht auf der Tagesordnung. Es gebe feste Empfehlungen für den Umgang mit dem Thema. Mehr könne die Bischofskonferenz nicht beschließen. Wie der gastgebende Bischof Heinz Josef Algermissen sagte, wollten die Bischöfe «aus kompetentem Mund hören, was sich da abgespielt hat». Algermissen sagte, der angeblich rückfällig gewordene Pfarrer hätte nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen.

Ein konsequentes Vorgehen gegen sexuellen Missbrauch fordert die Kirchengvolksbewegung von den Bischöfen. Vor Journalisten kündigten Vertreter der Bewegung in Fulda eine Mahnwache im Rahmen des Herbsttreffens der Bischöfe an. Massive Kritik übte die Kirchengvolksbewegung am Umgang mit dem mutmaßlichen Missbrauchsfall in der Diözese Regensburg.

Die katholische Kirche macht sich nach Meinung der Kirchenkritikerin Prof. Uta Ranke-Heinemann durch die strikte Geheimhaltung von Missbrauchsfällen in ihren Reihen mitschuldig. «Wer an die Öffentlichkeit geht, wird mit Lügenvorwürfen konfrontiert und exkommuniziert», kritisierte Ranke-Heinemann vor dem Hintergrund des Missbrauchs-Falls im Bistum Regensburg.

Grundlage der Geheimhaltungspolitik sei ein Schreiben des damaligen Kardinals Joseph Ratzinger und heutigen Papstes Benedikt XVI. an alle Bischöfe, sagte Ranke-Heinemann. Die Kirche beanspruche darin die «exklusive Kompetenz» für die Aufklärung solcher Fälle. Schriftstücke staatlicher Behörden würden ungeöffnet zurückgeschickt.

Zuletzt geändert am 25.09.2007